

Kritik an der Kärntner Bettler-Debatte

Institut für Sozialarbeit warnt vor politischem Missbrauch von Vorurteilen - mit **Kommentar**

"Der Herr Landeshauptmann von Kärnten wird dringend ersucht, in Kärnten zur Bekämpfung des Bettler- und Landstreicherunwesens Arbeitslager einzurichten." Eine Baufirma empfiehlt sich als Hersteller von "zerlegbaren transportablen Bettlerlagern, die auch gegen Ungeziefer und Fäulnis präpariert sind". Der Bürgermeister von Klagenfurt will diese "Zwangs"-Arbeitskräfte für "wichtige Verbesserungsarbeiten in der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellt bekommen". Die nach diesen Bestimmungen zu behandelnden Personen sind "solche, die unter anderem dadurch Missbrauch treiben, dass sie bei Privatpersonen um Unterstützung vorsprechen". Sammelakt "Bettlerlager" Kärntner Landesarchiv, Armengesetznovelle vom 9. Juli 1935.

Kärntner Landtag 1. Februar 2007: ÖVP, BZÖ und FPÖ beschließen dem "Bettlerunwesen" in Form "organisierter und aggressiver" Bettelns einen Riegel vorzuschieben. "Wir wissen, wohin das damals geführt hat. Wer heute vom Bettlerunwesen und Bettlerbanden spricht, der sollte wissen, welche Geschichte dieser Begriff hat und welchen Ungeist er ausdrückt", sagt der Leiter des Instituts für Sozialarbeit, Gerhard Haupt. Armut lasse sich aber nicht aus der Festung Europa fernhalten: "Wenn heute eine Mutter mit acht Kindern in Rumänien in einem Bretterverschlag ohne Wasser und ohne Strom hausen muss, wenn es dort 18-Jährige gibt, die aus Geldmangel keine Dokumente und deshalb keinen Anspruch auf Schulbesuch, Krankenversorgung, Sozialhilfe haben, dann muss man sich nicht wundern, dass Menschen bei uns am eiskalten Boden sitzen, um das Überleben zu sichern."

"Ausbruch eines Antiziganismus"

Gerhard Haupt betreut in Rumänien Roma-Projekte, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Er hat sich auch in einem Buch ("Antiziganismus und Sozialarbeit") wissenschaftlich mit dem Wiederaufkeimen von Pogromstimmungen gegen Roma und Sinti in Europa auseinandergesetzt. Die Debatte um ein Bettelverbot sei "Ausbruch eines Antiziganismus, um Vorurteile politisch zu nutzen". Nach dem Grundsatzbeschluss des Landtages über ein kärntenweites Bettelverbot ist nun die Landesregierung am Zug.

(Elisabeth Steiner/DER STANDARD-Printausgabe, 05.02.2007)

Kommentar: Bettler und Schnorrer

Die, die am heftigsten um die Unterstützung für ihre politische Bewegung buhlen, schreien am lautesten gegen das Handaufhalten in der Öffentlichkeit - Von Michael Simoner

Tarockspieler oder Bauernschnapser kennen das: Man kann auch abzocken, wenn man keinen Stich macht. Wenn der angesagte Bettler durchgeht, schauen die anderen durch die Finger - und ärgern sich, weil das eigene, gar nicht so schlechte Blatt letztendlich zum Krenreiben war.

Diese Art von Neid hat viel mit der seit Jahrzehnten immer wieder geführten Bettlerdebatte zu tun: Wer nichts für die Gesellschaft leistet, soll auch nicht von ihr profitieren. In unserem Kulturkreis hält sich das Mitleid mit Menschen, die - selbstverschuldet oder nicht - von milden Gaben abhängig sind, in Grenzen. Zumindest

wenn sie es wagen, selbst an unsere Tür zu klopfen. Wozu gibt's schließlich die Wohlfahrt? Oder die Caritas? Oder die Fremdenlegion?

Als Argument für Bettelverbote wird heute gerne vorgebracht, dass Bettler organisiert ihr Unwesen treiben. Aber das trifft auch auf hippe Fundraising-Aktionen und moderne Charity-Events zu. Sogar Politiker gehen unverhohlen schnorren, um Parteikassen und Wahlkampfbudgets aufzufetten. Pikanterweise schreien die, die am heftigsten um die Unterstützung für ihre politische Bewegung buhlen, am lautesten gegen das Handaufhalten in der Öffentlichkeit.

Damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Niemand akzeptiert, dass Menschen dazu gezwungen werden, sich bettelnd auf die Straße zu setzen. Gegen derart kriminelle Machenschaften muss selbstverständlich vorgegangen werden. Aber dafür ist das heimische Strafgesetzbuch bestens gerüstet. Um Sklavenhandel, Ausbeutung, Nötigung, gefährliche Drohung oder Misshandlung zu ahnden beziehungsweise zu verhindern, braucht es kein Bettelverbot. Das dient in erster Linie dazu, Armut unsichtbar zu machen.

(Michael Simoner/DER STANDARD-Printausgabe, 05.02.2007)
